

Protokoll einer Veranstaltung

Protokollformular:

VA-Nr.: 14-08

| | | |
|----------------------------|---|-----------------------------------|
| Titel der Veranstaltung | : | Familienzeit und Stadtentwicklung |
| Datum | : | 12.11. 2014 |
| Uhrzeit | : | 9:00 - 16:30 Uhr |
| Veranstaltungsort | : | Neues Rathaus Hannover |
| Straße, Hausnummer | : | Trammplatz 2 |
| PLZ, Ort | : | 30159 Hannover |
| Anzahl der TeilnehmerInnen | : | 28 |

Ergebnisse:

Im Rahmen des bundesweiten Städtebündnisse "Neue Zeiten für Familien - Städte brauchen Familien" richtete die Landeshauptstadt Hannover die Impulsveranstaltung zum Thema „Familienzeit und Stadtentwicklung“ aus. 28 VertreterInnen der an der Initiative teilnehmenden Städte brachten eigene Beispiele für eine zeitbewusste Stadtplanung mit, um einen direkten Wissenstransfer sicherzustellen.

Hannover legte bereits vor vielen Jahren einen Handlungsschwerpunkt auf die Familienpolitik. In der Landeshauptstadt gibt es zum Beispiel eine dezernatsübergreifende Steuerungsgruppe, ein Familienmanagement als Schnittstelle zwischen Betrieben und Stadtverwaltung, eine Familienberichterstattung, stadtteilbezogene Familienkonferenzen und Expertenanhörungen.

In seinem Vortrag „Familienzeit durch kommunale Planung – Integration von Stadtplanung, Sozialplanung und Infrastrukturplanung für Familienbelange“ konstatierte Prof. Dr. Herbert Schubert die derzeitige funktionale Zergliederung familiärer Lebenswelten und betonte, wie dringend eine bedarfsgerechte Synchronisation öffentlicher und familialer Zeiten in den Kommunen sei. Auch müsse der Koordinationsaufwand von den Familien in die Kommune und zu den institutionellen Taktgebern verlagert werden. Familien benötigen Puffer in Form familienunterstützender Dienstleistungen für die Bewältigung von Zeitkonflikten, wenn Unvorhergesehenes ihre zeitlichen Routinen stört. Es wurden die vielfältigen Einflussmöglichkeiten der Kommunen in den Handlungsfeldern Stadtentwicklung, Verkehr, Sozial- und Bildungsplanung aufgezeigt. Der Aktionsraum von Familien eigne sich als Orientierungsrahmen für die Stadtplanung. Ein „Aktionsraum“ bezeichnet die Menge der Orte, die eine Person oder Gruppe innerhalb einer bestimmten Zeit für bestimmte Aktivitäten aufsucht sowie deren zeitliche und räumliche Beziehungen. Es wurde empfohlen, das Zeit-Raum-Modell in die Stadtforschung aufzunehmen, um Aktionsräume von Familien abbilden zu können und daraus Erkenntnisse für die Stadtplanung und -entwicklung abzuleiten. Werden die Zeit-Raum-Relationen von Familien - etwa durch Raumbesichtigung und repräsentative Bürgerumfragen - in das kommunale Monitoring integriert, lassen sich die gewonnenen Daten und Analysen als Basis für kommunale Planungen nutzen.

Geeignete Rahmenbedingungen erleichtern es Kommunen, verschiedene Organisationsfelder zu synchronisieren. Vielfältige Kooperationen der politischen Ebene mit anderen Akteuren, seien hier besonders zielführend. Kommunalverwaltungen fahren gut damit, interdisziplinär zu planen und Planungskräfte, Unternehmen, Verbände, Sozialpartner sowie Familien nach der Logik der New Public Governance in die strategische Planung einzubeziehen. Hierfür eignen sich entsprechende Austauschplattformen, zu denen eine Kommune die zentralen Taktgeber einlädt.

Protokoll einer Veranstaltung

Stadt der kurzen Wege als Leitbild: Beispiel einer familienzeitbewussten städtischen Sozialplanung bildet der Ausbau von Kindertageseinrichtungen zu Dienstleistungs- und Familienzentren. Diese bündeln Angebote für Familien und reduzieren so den Wege- und damit den Zeitaufwand. Mit dem Stadtteil Kronsberg entwickelten die Hannoveraner Stadtplaner ein beispielhaftes Stadtviertel mit kurzen Wegen und guter Infrastruktur. Dies mindert den Zeitstress von Familien erheblich. Neue zukunftsfähige flächendeckende Standards in Städtebau, Ökologie und Sozialplanung kennzeichnen dieses Stadtentwicklungsprojekt.

Während der Planungs- und Realisierungsphase schlossen sich die sozialen und kulturellen Dienste zu einer Arbeitsgruppe „Vernetzte Stadtteilarbeit“ zusammen. Die Stadt Hannover verpflichtete sich selbst, zeitgleich mit der baulichen Entwicklung die gesamte soziale Infrastruktur und die Stadtbahn-Anbindung entstehen zu lassen. Die Wohnungsbaugesellschaften stellten ein Prozent ihrer Wohnflächen dezentral für soziale und kulturelle Nutzungen zur Verfügung.

Die umgesetzte familiengerechte Stadtentwicklung berücksichtigte alle Altersgruppen und bezog sie über eine beispielhafte Bürgerbeteiligung in den Planungsprozess ein. Diese beinhaltete regelmäßige Informationsveranstaltungen, eine Stadtteilzeitung sowie das Einsetzen eines Stadtteilkoordinators. Das soziale und kulturelle Stadtteilzentrum KroKuS wurde als Ort der Begegnung und zentrales Forum für eine vernetzte Stadtteilarbeit eingerichtet. Hierdurch etablierten sich funktionierende Kommunikationsstrukturen, eine gute Nachbarschaft sowie ein identitätsstiftendes Wohnumfeld mit einem großen Verantwortungsbewusstsein der Bürger für den Stadtteil.

Ebenfalls wurden dezernatsübergreifende Arbeitsgruppen und ein institutionalisiertes Familienmanagement als sinnvolle Wege empfohlen, um das „Querdenken“ strukturell zu verankern. Planer sollten sich der zentralen Bedeutung der Stadtraumgestaltung für Familien bewusst werden und Alt und Jung an Planungen teilhaben lassen. Eine integrierte Stadt- und Sozialplanung benötigt sowohl entsprechende finanzielle und personelle Ressourcen als auch „Rückenwind“ durch die Stadtspitze. Des Weiteren bedarf es eines kulturellen Wandels in der gesamten Verwaltung. Nur so können Beschäftigte sich als Multiplikatoren begreifen.

Zeit und Raum für Jugend

Die Arbeitsgruppe Zeit und Raum für Jugend sah eine Herausforderung der kommunalen Familienzeitpolitik bezogen auf die Jugendbeteiligung darin, der Vielfalt von Ethnien und Kulturen gerecht zu werden. Des Weiteren würden sowohl Verfügungsflächen für spezielle Nutzungen als auch freie Räume benötigt. Eine Kommune, die Jugendliche von der Idee bis zur Umsetzung einbezieht, lasse diese Wertschätzung erleben und Erfolge spüren. Dies erfordert ein neues Planungsverständnis, bei dem professionelle Planer sich zurücknehmen müssen. Zielkonflikte könnten aus der Erfüllung gesetzlicher Vorgaben entstehen, zum Beispiel hinsichtlich der Lärmentwicklung bei planungsrechtlicher Ausweisung von Bolzplätzen, Basketball- oder Skateanlagen.

Die Teilnehmenden hielten es für sinnvoll, Jugendlichen freie Räume und Plätze zur Verfügung zu stellen und hierfür mehrfache Nutzungsmöglichkeiten einzuplanen. Absehbare Nutzungskonflikte sollten im Dialog mit allen Beteiligten besprochen und gelöst werden. Bei anderen gesellschaftlichen Gruppen müsse für Verständnis geworben werden, zum Beispiel für zeitweiligen Lärm.

Alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung

Eine alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung sorgt dafür, dass Jung und Alt gleichermaßen gut erreichbare Versorgungsangebote zur Verfügung stehen. Älteren Bürger gewährleistet sie außerdem ein ausreichendes Angebot an Pflegedienstleistungen. Das Etablieren von generationsübergreifenden Wohnformen leidet allerdings an einem Mangel an freiem Wohnraum, Seniorenwohnungen sowie

Protokoll einer Veranstaltung

teilweise einer schwer herzustellenden Vertrauensbasis, etwa bei Untervermietung. Auch Tendenzen, sich im Alter eher zurückzuziehen, und Migration stellen spezielle Herausforderungen einer Quartiersentwicklung dar, die allen Altersstufen gerecht werden soll. Weitere Aufgaben resultieren aus der zunehmenden Altersarmut und daraus, einer sozialen Segregation entgegenzuwirken. Außerdem sollten auf andere Quartiere übertragbare Konzepte und Prozesse entstehen. Eine inklusive Planung, für alle als Planungsprinzip etabliert, unterstützt den Generationenverbund und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Familienfreundliche Räume – ein Quartier macht sich auf den Weg

Die Arbeitsgruppe Familienfreundliche Räume – ein Quartier macht sich auf den Weg wies auf die Herausforderung einer integrierten Stadtentwicklung hin, dass mehrere Partner eine gemeinsame Strategie entwickeln und die ressort- und trägerübergreifende Kommunikation gestaltet werden muss. Dabei seien auch die Grenzen zu kommunizieren, zum Beispiel durch baurechtliche Vorgaben. Des Weiteren müssen unter anderem konkurrierende Interessen von Beteiligten ernst genommen und zielgruppenspezifische Beteiligungsformen entworfen werden. Auch könne es schwierig sein, eine Identifikation der Bewohner mit ihrer Stadt bzw. ihrem Quartier zu erreichen. In diesem Zusammenhang komme es darauf an, den richtigen Zeitpunkt bzw. die richtige Methode für die Bürgerbeteiligung zu finden. Zu dieser müsse die Verwaltung eine positive Grundhaltung bekommen.

Bitte beachten Sie bei der Protokollerstellung folgende Hinweise: [Anlage zum Protokollformular](#)

Ausfüllhilfe:

Wir bitten um Verständnis, dass nur in deutscher Sprache ausgefüllte Protokolle angenommen werden können, da eine Übersetzung nicht geleistet werden kann.

Bezeichnung der Veranstaltung: Das Thema /die Fragestellung der Veranstaltung bitte hier klar definiert eintragen.

Methode: Die Methode, mit der die Veranstaltung durchgeführt wurde, ist hier kurz zu beschreiben. (z.B. World Café, interkulturelles Bürgerfrühstück, Expertenrunde usw., siehe Methodenübersicht) Mit kurzer Erläuterung zum Ablauf der jeweiligen Methode.

Ergebnisse: Hier sind erzielter Konsens, Ideen, Anregungen, offene Fragen oder Konflikte knapp und einfach lesbar einzutragen.

- Senden Sie dieses Protokoll bitte per E-Mail an:

2030@hannover-stadt.de

oder in Ausnahmefällen bitte per Post an:

Protokoll einer Veranstaltung

Landeshauptstadt Hannover

Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters, Grundsatzangelegenheiten

Trammplatz 2

30159 Hannover